

BESCHLUSSPROTOKOLL IIder 25. Sitzung des Bundesrates vom 5. Juli 19781. VOX-Analysen

Der Antrag der Bundeskanzlei wird vom FZD abgelehnt mit der Begründung, dass das Ergebnis dieser Abstimmungs-Analysen nicht genügend überzeuge. Herr Chevallaz bezweifelt den wissenschaftlichen Wert der Analysen und wünscht eine vertiefte Untersuchung, insbesondere auch die Prüfung der Möglichkeit einer Auftragserteilung an andere Institute. Der Bundeskanzler wird beauftragt, mit dem Chef des FZD die Angelegenheit zu besprechen, wonach das Geschäft in einer späteren Sitzung zum Entscheid gebracht werden soll.

2. Militärische Kommandostellen

Der Rat stimmt dem Antrag des EMD vom 20. Juni 1978 über Mutationen in hohen Posten der Armee auf den 1. Januar 1979 zu. Dem Nachtrag vom 30.6.1978 (Wahl Oberst Rolf Binder als neuer Stabschef Geb AK III) wird mangels Gebirgserfahrung des Vorgeschlagenen nicht zugestimmt. Der Chef des EMD wird eingeladen, die KML aufzufordern, einen andern Vorschlag zu unterbreiten.

3. Fall Kortschnoi

Herr Furgler orientiert den Rat über den Fall Kortschnoi. Dieser aus Russland abgesprungene Schachspieler der internationalen Meisterklasse mit provisorischer Aufenthaltsbewilligung in Wohlen (AG) möchte das bevorstehende Turnier um die Schachweltmeisterschaft auf den Philippinen mit Schweizerfahne und Schweizer Nationalhymne austragen. Das JPD hat in einem Schreiben an den Verbindungsmann zu Kortschnoi und zu den Schachorganisationen zugleich, seine Stellungnahme klar dargelegt. Auf Anfrage hin ist der Inhalt dieses Briefes der Presse bekanntzugeben.

4. Fall Dnjeprowski

Herr Furgler orientiert den Rat über die Absicht des Generalsekretärs der UNO, den als hohen KGB-Offizier bekannten G.A. Dnjeprowski zum Chef der Personalabteilung der UNO-Organisationen in Genf zu ernennen. Da ein unmittelbarer Besuch von Herrn Waldheim in der Schweiz bevorsteht, wird die Angelegenheit mit ihm zu besprechen sein. Es ist von Bedeutung, zu wissen, dass von 953 östlichen Funktionären der UNO in Genf deren 144 als Nachrichtenoffiziere identifiziert sind oder dass Grund zur Annahme ihrer Mitwirkung in den östlichen Nachrichtendiensten besteht. Unsere Haltung ihnen gegenüber kann einzig durch das schweizerische Recht bedingt sein. Wer der nachrichtendien



lichen Tätigkeit überführt wird, muss die Konsequenzen tragen.

5. Furka-Tunnel

Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass Herr Bundespräsident Ritschard Herrn Bundesrichter Rüedi für den Vollzug der (bisher) vom Nationalrat geforderten Abklärungen beizieht und mit ihm das weitere Prozedere bespricht. Der Bundesrat selbst ist unmittelbar nach den Ferien über den Stand der Angelegenheit wieder zu orientieren. Dabei ist auch die Verfahrenssituation - über Ständerat wird das Geschäft frühestens in der Wintersession behandeln - im Auge zu behalten.

6. Währungslage

Herr Chevallaz orientiert den Rat über die Entwicklung der internationalen Währungslage, insbesondere die neuen Schwächeanfänge des Dollars. Man erwartet deshalb mit Interesse die Ergebnisse der vorgesehenen Gipfelkonferenzen von Bonn und Bremen.

Es wird in Aussicht genommen, am 16. August 1978 zur zweiten Sitzung des Bundesrates nach den Ferien das Direktorium der Nationalbank zu einer Aussprache einzuladen.

7. Beziehungen zu Südafrika

Herr Chevallaz gibt Kenntnis von einem Besuch des Finanzministers Südafrikas bei ihm. In Südafrika versteht man die geltende Plafonierung der schweizerischen Anlagen für dieses Land nicht. Herr Chevallaz hat dem Minister Südafrikas indessen zu verstehen gegeben, dass keine Änderung zu erwarten ist, solange nicht konkretere Lösungsversuche für die Rassenfrage in Südafrika unternommen werden.

8. Steuerfall Bourgknecht

Herr Chevallaz gibt bekannt, dass auch die Eidg. Steuerverwaltung mit der gegebenen Diskretion und einem Minimum von Personen eine Abklärung der Frage eingeleitet hat, ob gegen Herrn Ständerat Bourgknecht gestützt auf die eidgenössische Steuergesetzgebung Massnahmen getroffen werden müssen. Die Abklärung ist noch nicht abgeschlossen, hingegen sind darüber - wahrscheinlich aus freiburgischer Quelle - bereits ganz falsche Nachrichten in der Presse erschienen.

9. Vertretung der Jura-Vorlage in Radio und Fernsehen

Herr Bundeskanzler Huber wirft die Frage der Vertretung der Jura-Vorlage in Radio und Fernsehen auf. Das Problem bedarf der Ueberlegung. Radio und Fernsehen möchten aber mit Rücksicht auf die Programmplanung möglichst bald Bescheid.

6.7.1978 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7), Bundeskanzler (1), Vizekanzler (2)